

SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS
Unterbezirk Wiesbaden
Rheinstr. 22, 65185 Wiesbaden



Antragsbuch Mitgliederversammlung

17.10.2020

1 Inhalt

1. Kommunalwahl.....	2
Antragstitel: Kontinuierliche und systematische Weiterentwicklung der Bürgerbeteiligung in der Wahlperiode von 2021 bis 2026 in Wiesbaden.....	2
2. Land und Bund.....	5
Antragstitel: Neue Wohnungsgemeinnützigkeit.....	5
3. Stadt.....	7
Antragstitel: Handlungsprogramm zur nachhaltigen Entwicklung der Wiesbadener Innenstadt.....	7

2

1. Kommunalwahl

A1

Antragsteller: OV Nord

1 Antragstitel:

2 Kontinuierliche und systematische Weiterentwicklung der Bürgerbeteiligung in der Wahlperiode von
3 2021 bis 2026 in Wiesbaden

4

5 **Die Mitgliederversammlung möge beschließen**

6 In das Wahlprogramm für die Wahlperiode von 2021 bis 2026 sollten folgende Ziele aufgenommen werden:

7 - Evaluierung der Stabsstelle WIEB Wiesbadener Identität, Engagement und Beteiligung

8 - Stärkere Verknüpfung von „Bürgerengagement“ und „Bürgerbeteiligung“

9 - Intensivierung und Erweiterung der Vorhabenliste

10 - Schaffung einer gemeinsamen digitalen Plattform für „Bürgerengagement“ und „Bürgerbeteiligung“

11 - Jugendliche und junge Erwachsene als besondere Zielgruppen fördern

12 - Stärkung des Engagements und der Beteiligung von sozial benachteiligten Gruppen

13 **Antragsbegründung:**

14 **„Wiesbadener Leitlinien für Bürgerbeteiligung“ als Hintergrund des Antrags**

15 Zusammen mit Bürgerinnen und Bürgern haben 2015 Vertreter aus Politik und Verwaltung der Landeshauptstadt

16 Wiesbaden ein Konzept sowie Verfahrensregeln für die Bürgerbeteiligung bei Vorhaben und Planungen erarbeitet.

17 Ziel war und ist, dass Politik und Verwaltung mit Bürgerinnen und Bürgern Vorhaben und Planungen zukünftig noch

18 mehr als Partner diskutieren und gemeinsam Lösungen suchen. Mit den 2016 beschlossenen „Wiesbadener Leitlinien

19 für Bürgerbeteiligung“ bestehen Grundlagen für Beteiligungsprozesse, in denen seither unterschiedliche

20 Instrumente und Beteiligungsformen angewandt und erprobt wurden.

21 Die 2016 eingerichtete Stabsstelle „Wiesbadener Identität, Engagement und Beteiligung“ (WIEB) hat die Aufgabe,

22 neben den Themen „Identität“ und „bürgerschaftliches Engagement“ auch die „Bürgerbeteiligung“ bei Planungen

23 und in politischen Prozessen aktiv in die Bürgerschaft und in die Verwaltung hinein zu tragen. Nach einer 3-jährigen

24 Erprobungsphase und erfolgter Evaluierung stellen sich nunmehr mittel und längerfristig Aufgaben

25 - der konzeptionellen Weiterentwicklung,

26 - der stärkeren Verknüpfung der Aufgabenbereiche und

27 - der praktischen Umsetzung und Fortführung unter zum Teil veränderten Rahmenbedingungen

28 **Evaluierung der Arbeit der Stabsstelle WIEB Wiesbadener Identität, Engagement und Beteiligung**

29 Die Intensivierung der Bürgerbeteiligung und ihre Überführung in geordnete Verfahren der Beteiligung durch

30 Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung standen seit 2016 im Vordergrund der Aktivitäten. Aufgrund der

31 Corona-Krise mussten seit März 2020 die Arbeitsweisen in allen Themenbereichen erheblich verändert werden. In

32 mittel- und längerfristiger Perspektive sollten die Aufgabenbereiche und Arbeitsweisen der Stabsstelle insgesamt

33 evaluiert werden, insbesondere unter folgenden Fokussierungen:

34 - Aufgabenprofile der Stabsstelle überprüfen und schärfen

35 - Bekanntheitsgrad der Stabsstelle innerhalb und außerhalb der Stadtverwaltung erhöhen

36 - Informations- und Öffentlichkeitsarbeit nach innen und außen verstärken

- 1 - Aufgabenbereiche konzeptionell und praktisch stärker miteinander verknüpfen
- 2 - Zukünftige strategische Ausrichtung der Bürgerbeteiligung, Förderung des Engagements unter
- 3 veränderten Rahmenbedingungen weiterentwickeln
- 4 - Informations- und Erfahrungsaustausch mit anderen Städten intensivieren, lokale und regionale
- 5 Vernetzungen verstärken
- 6 Evaluierung der Arbeit von WIEB bedeutet nicht Kontrolle durch Dritte, sondern einen systematischen Prozess des
- 7 Controllings, ob die selbstgesteckten Ziele erreicht worden sind oder auch nicht. Die Evaluierung kann in zwei
- 8 Formen erfolgen, als Selbstevaluierung durch Audits oder Fremdevaluierung wiederum durch Audits durch Dritte. Im
- 9 Zentrum von Audits stehen strukturierte Erhebungsbögen mit zielführenden Fragen zum Stand der Zielerreichung.

10 **Stärkere Verknüpfung von „Bürgerengagement“ und „Bürgerbeteiligung“**

11 Die konzeptionelle und praktische Verknüpfung von „Bürgerengagement“ und „Bürgerbeteiligung“ steht in

12 Wiesbaden bisher noch aus, war aber seit Beginn der Arbeit an den „Leitlinien für Bürgerbeteiligung“ konzeptionell

13 mitgedacht. Der notwendige Prozess der Zusammenführung von Engagement- und Beteiligungsformen sollte

14 intensiviert werden, um brachliegende Synergien zu nutzen. Mit der Stabsstelle WIEB wurde bereits ein

15 organisatorisches Dach mit entsprechender personeller Besetzung für die Verschränkung der Aufgabenbereiche

16 geschaffen. Die stärkere Verknüpfung kann allerdings nicht nur auf der Ebene der Begriffsklärung und der

17 Konzeption erfolgen. Dabei sollte sowohl im „Bürgerschaftlichen Engagement“ die politische Dimension als auch in

18 der „Bürgerbeteiligung“ der Bezug zum Engagement aufgespürt werden. Insbesondere sollte der Blick auf Projekte

19 gerichtet werden, in denen beide Handlungsformen zukunftsweisend verschränkt sind. Dazu sollten in Politik und

20 Verwaltung und in den Organisationen der Zivilgesellschaft im Laufe der Zeit neue Konzepte und

21 Organisationsformen entwickelt, insbesondere auch praktikable Umsetzungsvorschläge vor allem auf

22 Nachbarschafts-, Quartiers- und Stadtteilebene und für eher benachteiligte Zielgruppen ausprobiert werden. Auch

23 Experimente, die hierbei zunächst scheitern, können durchaus längerfristig „produktive Perspektiven“ eröffnen.

24 Voraussetzung für die stärkere Verschränkung ist eine ganzheitliche Sicht - ohne den Blick durch voneinander strikt

25 getrennte spezifische Ressortbrillen von „Bürgerbeteiligung“ und „Bürgerengagement“.

26 Auch der Arbeitskreis Bürgerengagement sieht eine starke Verknüpfung von „Bürgerengagement“ und

27 „Bürgerbeteiligung“ als unerlässlich an. Im Arbeitskreis arbeiten verschiedene Einrichtungen aus diesem

28 Handlungsfeld, aber auch engagierte Bürgerinnen und Bürger an der Weiterentwicklung des Bürgerengagements in

29 Wiesbaden. Auch die Stabsstelle WIEB sieht dieses Vorhaben als unverzichtbar an.

30 **Intensivierung und Erweiterung der Vorhabenliste**

31 Kernstück des geschaffenen Instrumentariums und der Verfahrensregelungen zur Bürgerbeteiligung ist die

32 Vorhabenliste. Diese schafft die erforderliche Transparenz für Vorhaben mit Bürgerbeteiligung in Wiesbaden. Es

33 sollte deshalb eine Überprüfung erfolgen, damit ggfs. Maßnahmen zur Absicherung der institutionalisierten

34 Bürgerbeteiligung ergriffen werden können, u.a. stärkere Beteiligung von Bürgern, die ihre Projekte selbst einbringen

35 und aktuelle Projekte kommentieren können. Insbesondere sollten auch Ideen und Vorschläge zur Aktivierung und

36 Förderung von bürgerschaftlichem Engagement Aufnahme in die Vorhabenliste finden können. Kommunale

37 Förderung des Engagements könnte somit Bestandteil von Aktivierungs- und Beteiligungsstrategien insgesamt

38 werden – und inhaltliche und praktische Verknüpfungen von „Bürgerengagement“ und „Bürgerbeteiligung“

39 bewirken können.

40 **Schaffung einer gemeinsamen Plattform für „Bürgerengagement“ und „Bürgerbeteiligung“**

41 Bürgerbeteiligung ist unter Corona-Bedingungen schwierig geworden; Informationsveranstaltungen mit

42 persönlicher Anwesenheit und Workshops mit größeren Teilnehmerzahlen sind wahrscheinlich für längere Zeit

43 kaum durchführbar. Zudem ist möglicherweise längerfristig mit Verhaltensänderungen zu rechnen: Bürgerinnen

44 und Bürger wollen sich offensichtlich zukünftig stärker online informieren, aber auch Beteiligungs- und

45 Engagementmöglichkeiten anders in Anspruch nehmen als bisher. Umso wichtiger ist ein gut strukturiertes und

46 aktuelles Informationsangebot, das zunehmend durch digitale Beteiligungsmöglichkeiten ergänzt werden muss.

47 Besonders zu beachten ist hier, dass zu entwickeln-de Angebote über die reine Informationsfunktion hinausgehen

48 und echte Beteiligungsmöglichkeiten enthalten sollten. Die Etablierung solcher Beteiligungsmöglichkeiten sollte

49 zukunftsweisend ausgerichtet sein und auch für die Zeit nach Corona Bestand haben. Nicht getrennte Informations-

50 und Beteiligungs-Plattformen, sondern eine einheitliche, gut strukturierte und ansprechende Plattform für

1 „Bürgerengagement“ und „Bürgerbeteiligung“ in Wiesbaden sollte realisiert werden. Voraussetzung eines
2 erfolgreichen Betriebs ist, dass die Aktualität, Korrektheit und Vollständigkeit der Inhalte sichergestellt wird.

3 Die Etablierung einer gemeinsamen Plattform auch vom Arbeitskreis Bürgerengagement verfolgt, der bereits
4 weitgehende konzeptionelle Vorarbeiten geleistet hat bis hin zu Vorschlägen für die Finanzierung der Einrichtung
5 und des laufenden Betriebs der Plattform. Die Stabsstelle WIEB unterstützt das Vorhaben und sieht sich als
6 Betreiberin Der Oberbürgermeister ist über das Projekt informiert. Die Finanzierung durch den städtischen Haushalt
7 steht allerdings noch aus.

8 **Jugendliche und junge Erwachsene als besondere Zielgruppen fördern**

9 Engagement und Beteiligung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Wiesbaden sind bisher eher
10 unterdurchschnittlich – und mithin entwicklungs- und ausbaufähig. Dies ist deshalb von besonderer Bedeutung,
11 weil die nachwachsenden Generationen für eine lebendige demokratische Stadtgesellschaft unverzichtbar sind.
12 Ergänzend und verstärkend zu bereits beschlossenen Fördermaßnahmen der Jugendbeteiligung (z.B. im
13 Handlungsprogramm „Jugend ermöglichen“) sollten daher in diesem Bereich weitere Vorhaben und Maßnahmen
14 auf den Weg gebracht werden z.B. in Zusammenarbeit mit Schulen und Hochschulen, Jugendverbänden,
15 Stadtjugendring etc.

16 **Stärkung des Engagements und der Beteiligung von sozial benachteiligten Gruppen**

17 Sowohl beim Bürgerengagement als auch bei der Bürgerbeteiligung sind ökonomisch und sozial benachteiligte
18 Personen und Gruppen unterrepräsentiert. Mit den überkommenen Formen der Beteiligung wie z.B. Workshops, die
19 von meinungsstarken Diskutanten dominiert werden, aber auch mit der Vorhabenliste erreicht man diese
20 Bevölkerungsgruppen nicht. Es sind zukünftig vielmehr auch Formen der aufsuchenden Beteiligung auszuprobieren,
21 die zielgruppenspezifisch und vor Ort in Nachbarschaften, Quartieren, Stadtteilen Vertrauen aufbauen und
22 niedrigschwellige Zugänge zu Engagement und Beteiligung ermöglichen. Erforderlich sind unterschiedliche Modelle
23 und Beteiligungsformen, die auch „produktiv scheitern“ können, um aus Erfahrungen zu lernen.

Empfehlung der Antragskommission:

Weiterleitung an Programmkommission zur weiteren Behandlung

Annahme in der Fassung der Empfehlung der Redaktionskonferenz

Annahme in der vorliegenden Fassung der antragstellenden Gliederung

Annahme in der durch den Unterbezirksparteitag geänderten Fassung

2. Land und Bund

A2

Antragsteller: OV Wiesbaden-Nord

1 Antragstitel:

2 Neue Wohnungsgemeinnützigkeit

3 Die Mitgliederversammlung möge beschließen:

- 4 1. Die Bundes-SPD wird aufgefordert ein Konzept einer „Neuen Wohnungsgemeinnützigkeit“ zu
5 entwickeln.
- 6 2. Das Konzept sollte sich am Leitbild und an den Grundsätzen orientieren, die der Deutsche
7 Mieterbund in seinem Plädoyer für eine „Neue Wohnungsgemeinnützigkeit“ 2016 formuliert hat:
8 - Eine Mietpreisbegrenzung in Anlehnung an die jeweils aktuelle Höchstmiete nach öffentlicher
9 Förderung anstatt der früheren Kostenmiete.
10 - Eine langfristige Zweckbindung der Mittel des Unternehmens.
11 - Beschränkung des Gewinns (in Orientierung an der früheren Begrenzung auf max. 4% des
12 eingebrachten Kapitals).
13 - Eine Bau- oder Investitionsverpflichtung, da es nicht um die Bildung von Vermögen, sondern um
14 die Sicherung von preisgünstigem Wohnraum geht.
15 - Beachtung des Grundsatzes der sparsamen Bewirtschaftung.
16 - Die Orientierung auf die Versorgung bedürftiger Bevölkerungsgruppen.
17 - Transparenzgebote und staatliche Prüfung.
18 - Mietermitwirkung bzw. Mietermitbestimmung.
- 19 3. Für die „Neue Wohnungsgemeinnützigkeit“ soll durch die Bundestagsfraktion in der interessierten
20 Öffentlichkeit intensiv geworben werden.
- 21 4. Die Bundes-SPD wird aufgefordert das Konzept einer „Neuen Wohnungsgemeinnützigkeit“ in das
22 Programm für die Bundestagswahl 2021 aufzunehmen.
23

24 Begründung:

25 **Bezahlbarer Wohnraum ist die soziale Frage des 21. Jahrhunderts**

26 Bei vielen Haushalten in Deutschland ist die Miete inzwischen so hoch, dass diese am Rande des
27 Existenzminimums leben müssen. Rund 40 Prozent der Haushalte in Deutschlands Großstädten müssen mehr
28 als 30% ihres Nettoeinkommens ausgeben, um ihre Miete (kalt, ohne Nebenkosten) zu bezahlen. Das entspricht
29 rund 5,6 Millionen Haushalte, in denen etwa 8,6 Millionen Menschen leben.“ So die Ergebnisse einer allgemein
30 zugänglichen Untersuchung der Hans-Böckler-Stiftung. Ein weiteres Ergebnis: “Etwa 1,3 Millionen
31 Großstadthaushalte haben nach Abzug der Mietzahlungen nur noch ein Resteinkommen, das unterhalb der
32 Hartz-IV-Regelsätze liegt.“ Das Wohnen ist somit für viele Haushalte in der Bundesrepublik eindeutig zu teuer
33 geworden.

34

35 **Es bedarf verstärkter Anstrengungen beim Bau preiswerter Wohnungen für breite Schichten der**
36 **Bevölkerung.**

37 Dieser Wohnungsbau darf nicht von Profitinteressen dominiert werden, soll das Ziel erreicht werden. Die
38 Mieten dürfen gerade so hoch sein, dass sie die Substanz und die Kosten der Verwaltung sichern, d.h.
39 Gemeinwirtschaftliche Wohnungsunternehmen dürfen deshalb für ihre wohnungswirtschaftlichen Leistungen
40 keinen höheren Preis beanspruchen als den der zur Deckung der Kosten bzw. der laufenden Aufwendungen
41 nötig ist.

42 **Abschaffung der Wohnungsgemeinnützigkeit durch die Regierung Kohl**

43 Dieses Modell der Finanzierung und des Betriebs von Wohnraum gab es bereits in Deutschland und hat mit zur
44 Beseitigung der großen Wohnungsnot nach dem Krieg beigetragen und die Mieten über Jahre konstant
45 gehalten. Bis 1989 war die Wohnungsgemeinnützigkeit steuerlich gefördert. Bis zu diesem Datum erhielten
46 Unternehmen Steuervorteile, wenn sie eine jährliche Rendite von unter 5% des eingebrachten Kapitals

1 erwirtschafteten. Konkret: Sie wurden von der Körperschafts-, Gewerbe-, Vermögenssteuer sowie von der
2 Grunderwerbssteuer befreit und es erfolgte eine Ermäßigung bei der Grundsteuer.

3 Die Regierung Kohl hob dieses Privileg auf mit den Begründungen, dass die Wohnungsfrage gelöst sei und dass
4 die Gemeinnützigkeit den Wettbewerb am Markt für Wohnraum verzerre und die restlichen
5 Wohnungsunternehmen schlechterstelle. Zudem war die Regierung an zusätzlichen Steuereinnahmen
6 interessiert, die sich allerdings nicht eingestellt haben. Im Gegenteil, die Kosten für die Versorgung mit
7 Wohnraum stiegen rasant. Die Abschaffung der Gemeinnützigkeit konnte im Schatten der Krise der Neuen
8 Heimat erfolgen. Durch den Skandal geriet der sozial motivierte und gemeinnützig finanzierte Wohnungsbau in
9 Verruf- eine Hypothek bis heute ausgerechnet in Zeiten des Wohnungsnotstandes in Deutschland. Zudem
10 entsprach die Abschaffung dem neoliberalen Zeitgeist.

11 **Folgen der Abschaffung der Wohnungsgemeinnützigkeit**

12 Bislang steuerbefreite Unternehmen der Wohnungswirtschaft sind nunmehr unbeschränkt steuerpflichtig.
13 Gemeinnützige Unternehmen wurden damit steuerlich mit Unternehmen gleichgestellt, die profitorientiert
14 arbeiten. Rund 1.800 gemeinnützige Unternehmen waren von dieser Änderung betroffen. Die Aufhebung der
15 Gemeinnützigkeit führte zudem dazu, dass Sozialwohnungen nicht mehr durch das
16 Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz geschützt waren und somit deren Privatisierung sowie
17 Renditemaximierung möglich wurden. Die Aufhebung der Begrenzung der Ausschüttung und die Befreiung aus
18 den Restriktionen der Wohnungsgemeinnützigkeit haben die öffentlichen Wohnungsbestände erst in ein
19 handelbares Gut verwandelt.

20 Seit 1980 sind rund zwei Millionen Sozialwohnungen aus der Bindung gefallen. Dies hat nicht nur zu einer
21 Verschlechterung der Wohnsituation und steigenden Mieten geführt, sondern hatte durch die Reduzierung der
22 öffentlichen Wohnungsbestände zudem eine deutliche Einschränkung der landes- und kommunalpolitischen
23 Handlungsspielräume zur Folge. Für Wohnungsbaugenossenschaften gilt eine Sonderregelung. Nach
24 Aufhebung der Wohnungsgemeinnützigkeit blieb für die Wohnungsbaugenossenschaften ein Teil der
25 Gemeinnützigkeit in Form der gemeinnützigen „Vermietungsgenossenschaft“ erhalten. Es erfolgte eine
26 Befreiung von der Körperschaftssteuer, sofern der Tätigkeitsschwerpunkt der Genossenschaft die Vermietung
27 an die Mitglieder ist.

Feststellung der Antragskommission:

Der Antrag ist zulässig und die Antragskommission enthält sich einer Empfehlung

Annahme in der Fassung der Empfehlung der Redaktionskonferenz

Annahme in der vorliegenden Fassung der antragstellenden Gliederung

Annahme in der durch den Unterbezirksparteitag geänderten Fassung

3. Stadt

A3

Antragsteller: OV Wiesbaden-Nord

1 Antragstitel:

2 Handlungsprogramm zur nachhaltigen Entwicklung der Wiesbadener Innenstadt

3

4 **Die Mitgliederversammlung möge beschließen:**

5

6 1. Der Unterbezirksvorstand ruft ein Format ins Leben zur Erarbeitung eines „Interdisziplinären
7 Handlungsprogramms zur nachhaltigen Entwicklung der Wiesbadener Innenstadt“. Um hierfür eine breite
8 Basis zu schaffen, sollten Mitglieder der Partei, der Arbeitsgemeinschaften sowie der innerstädtischen
9 Ortsbeiräte am Prozess mitwirken.

10

11 Auch interessierte Bürger werden eingeladen.

12

13 Abgerundet wird der Prozess durch öffentliche Veranstaltungen wie z.B. Workshops.

14

15 2. Mit dem Handlungsprogramm sollten u.a. folgende Ziele verfolgt werden:

16 - die Innenstadt als der Ort des öffentlichen Lebens in Wiesbaden noch attraktiver auszugestalten,

17

18 - den tatsächlich genutzten innerstädtischen Wohnstandort durch nachhaltige Konzepte für

19 Stadtviertel auch langfristig zu sichern, zu stärken und zu ergänzen,

20

21 - eine spürbare Entlastung des Historischen Fünfecks vom Autoverkehr innerhalb von fünf Jahren

22 durchzusetzen,

23

24 - ein effektives City-Management als Querschnittsaufgabe einzurichten, das Hausbesitzer berät und

25 fördert und das erforderliche Zusammenspiel von Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft

26 koordiniert,

27

28 - eine wirkungsvolle Kooperation von Kulturbeirat, Arbeitskreis Stadtkultur, Kulturamt und

29 interessierten Bürgern herbeizuführen, um ein Konzept für die Kulturlandschaft Innenstadt zu

30 entwickeln,

31

32 - den Kauf von Schlüsselliegenschaften durch die Stadt schwerpunktmäßig anzukurbeln, um

33 Wohnen, Kultur und Arbeiten zielorientiert ermöglichen zu können,

34

35 - eine qualitätsvolle Gestaltung des öffentlichen Raums zu verwirklichen, auf dem sich Menschen

36 wohlfühlen. Dazu gehört auch, die Bemühungen um Sicherheit und Sauberkeit in der Innenstadt zu

37 verstärken,

38

39 - eine Stadtentwicklung voranzutreiben, die den einzigartigen Charakter Wiesbadens als „Stadt des

40 Historismus“ wertschätzt und unterstreicht und als Anknüpfungspunkt für eine zeitgemäße

41 „Stadtpolitik der Integration“ nutzt.

42

43 3. Die oben genannten Ziele finden Aufnahme in das Programm für die Wahlperiode von 2021 bis 2026.

44

45

46

47

48

Begründung

Die Innenstadt als besonderer Ort mit dem Historischen Fünfeck als Kern

Unsere Innenstadt reicht vom Kurhaus bis zum Rheingauviertel, vom Gutenbergplatz bis zum Neroberg und von den Gründerzeitvillen in der ehemaligen „City Ost“ bis zum Arbeiterviertel der „Hilf“. Die SPD hat in den Jahrzehnten nach 1970 für die Innenstadt eine neue Stadtentwicklungspolitik durchgesetzt. Gegen den damaligen Trend der

1 Entleerung der Großstadt durch den Wegzug in das Umland wurde die Erhaltung der von der Baukunst des 19.
2 Jahrhunderts geprägten historischen Stadtviertel erfolgreich in das Zentrum der Stadtpolitik gerückt, eine Politik mit
3 teils bundesweit bewunderten Maßnahmen. Exemplarisch für diese sozialdemokratische Kommunalpolitik ist bis
4 heute beispielhaft: Die Rettung des Villenhangs östlich der Wilhelmstraße („City Ost“) vor dem Totalabriss und in
5 diesem Zusammenhang die Restaurierung der „Villa Clementine“, die behutsame Sanierung des Bergkirchenviertels
6 durch Modernisierung der einzelnen Gebäude, ohne Vertreibung der Bevölkerung, der Umbau des Kaufhauses
7 „Neckermann“ und des „Palasthotels“ zu attraktiven Wohngebäuden, auch im Sozialen Wohnungsbau; weiter die
8 Umgestaltung der Adolfsallee vom geplanten Autobahnzubringer zum Innenstadtpark zur Sicherung der Südlichen
9 Innenstadt als Wohnstandort wie auch der Umbau des Wallufer-Platzes zum Schlüsselprojekt der
10 Verkehrsberuhigung im Rheingauviertel und – last, not least – die Modernisierung und Wiederbelebung des
11 „Altstadtschiffchens“ zwischen Grabenstraße und Wagemannstraße.

12 Innerhalb der Innenstadt kommt dem „Historischen Fünfeck“ eine besondere Bedeutung zu. Im Süden wird es
13 begrenzt von der Rheinstraße, im Westen von der Schwalbacher Straße, im Norden von der Röderstraße und der
14 Taunusstraße sowie im Osten von der Wilhelmstraße. Es ist identisch mit der Nassauischen Stadt und geht auf einen
15 Generalbebauungsplan von 1818 zurück, den der Stadtbaumeister und Architekt Christian Zais vorlegte. Das Konzept
16 umschloss den damals als unansehnlich empfundenen noch mittelalterlich geprägten Stadtkern mit einseitig
17 bebauten Straßenzügen, um die innere Stadt zu verbergen. Mit der Bebauung außerhalb dieser Straßenzüge wurde
18 erst ab der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts begonnen.

19 Wir unterstützen deshalb auch den schon bereits begonnenen Prozess (Staatskanzlei, Hessische Zentrale für
20 politische Bildung, Sozialministerium), im Norden der inneren Stadt ein Regierungsviertel der hessischen
21 Landesregierung als neue ökonomische Tragsäule der Innenstadt zu konzentrieren. Es wäre ein Ersatz für den Bäder-
22 und Hotelbetrieb um den Kochbrunnen, der den wirtschaftlichen Schwerpunkt der damaligen Weltkurstadt
23 Wiesbaden bildete.

24 Konsequenterweise streben wir an, dass im „Historische Fünfeck“ nur noch der Autoverkehr zugelassen wird, der für
25 die Versorgung der Bewohner und die Erhaltung ihrer Mobilität und für den Betrieb der Ministerien unverzichtbar
26 ist.

27 Das sozialdemokratische Handlungsprogramm für die Entwicklung der Innenstadt greift allerdings über das
28 „Historische Fünfeck“ hinaus und hat die gesamte Innenstadt im Blick. Auch in anderen Quartieren spielt sich
29 selbstverständlich öffentliches Leben ab. Sie haben ihre jeweiligen Qualitäten. Beispielsweise seien hier
30 exemplarisch die Moritzstraße oder die Wellritzstraße genannt. Das „Historische Fünfeck“ profitiert von den
31 innerstädtischen Wohngebieten wie selbstverständlich auch umgekehrt.

32 **Die Innenstadt als der Ort des öffentlichen Lebens**

33 Der Innenstadt als Kern der Gesamtstadt kommt eine herausgehobene Bedeutung zu. Sie ist in besonderem Maße
34 ein Ort des öffentlichen Lebens: Die Innenstadt als das soziale Zentrum Wiesbadens. Ziel ist eine lebendige
35 Innenstadt, in der sich die Besucherinnen und Besucher aus Wiesbaden und von außerhalb wohlfühlen und sich
36 gerne - nicht nur zum Einkaufen - aufhalten. In der Innenstadt – und nicht nur dort - sind angenehme Grün- und
37 Freiflächen, insbesondere Spielplätze, Kristallisationspunkte des Zusammenlebens. Ohne ein Gefühl der Sicherheit
38 rund um die Uhr leidet allerdings das öffentliche Leben beträchtlich. Schutz der Parks und eine Aufsicht auf den
39 Spielplätzen müssen deshalb wieder einen hohen Stellenwert erhalten, den sie in Zeiten sozialdemokratischer
40 Mehrheiten in der Stadtverordnetenversammlung hatten. Die traditionelle Bedeutung der Stadt als Raum der
41 Begegnung und als gesellschaftliches Forum für ihre Bürger muss gegebenenfalls auch gegen Kräfte des Marktes
42 behauptet werden. Wichtig sind deshalb eine strategische Orientierung und deutliche Haltung, die dieser
43 gesellschaftlichen Funktion der Innenstadt Rechnung tragen. Es gilt, die soziale Funktion des öffentlichen Raumes zu
44 fördern – als Treffpunkt, der zum zwischenmenschlichen Zusammenhalt und zu einer offenen, demokratischen
45 Gesellschaft beiträgt.

46 Mit dichter Bebauung und weniger Freiflächen ist es in Städten meist deutlich wärmer als im Umland. Dieser Effekt
47 wird durch den Klimawandel noch verstärkt und ist eine Belastung für die Stadtbewohner. Bereits heute muss sich
48 eine verantwortungsvolle Politik gegen diese Folgen wappnen und klimabewusst agieren, sei es u.a. bei der Nutzung
49 von Regenwasser, der Anlage von Grünflächen, der Gestaltung und Begrünung von Gebäuden. Vorschläge zur
50 Sicherung der Lebensqualität in der Innenstadt sind so vielfältig wie einleuchtend und lassen sich zu drei Gruppen
51 zusammenfassen: Entlastung vom Verkehr, Qualität des öffentlichen Raums, intensive Stadtbegrünung.

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52

- Durchgehende Neuordnung des Straßenraums zugunsten von Fußgängern und Radfahrern mit vernetzten Verbindungen für Radfahrer und Fußgänger, die Orte des alltäglichen Lebens wie Wohnung, Arbeitsplatz, Geschäfte, Schule, Kneipe, Kultur, Sportstudio verbinden.
- Eine weitgehend autofreie Innenstadt bis 2030 als Perspektive, eine spürbare Entlastung des „Historischen Fünfecks“ vom Autoverkehr bis 2025.
- Günstige Angebote für Parken am Rande der Innenstadt.
- Park-und Rideplätze am Stadtrand zur Entlastung der Innenstadt.
- Attraktiver Ringverkehr mit ÖPNV um das „Historische Fünfeck“ herum.
- Großteils Tempo 30 in der Innenstadt, um den Verkehrslärm zu reduzieren und die Sicherheit von Radfahrern und Fußgängern zu erhöhen.
- Weiterer Ausbau verkehrsberuhigter Bereiche, Erweiterung der Fußgängerzone in der Wellritzstraße, kontrollierter Versuch mit einer Fußgängerzone in der Saalgasse.
- Umgestaltung der öffentlichen Räume der Moritzstraße, Oranienstraße und der Gerichtsstraße mit dem Ziel einer verbesserten Aufenthaltsqualität rund um die Neubauten der Hochschule Fresenius und des Studentenwohnheims.
- Ein Stadtplatz voller Leben an der Elly-Heuss-Schule als Bindeglied zwischen dem Westend und der Fußgängerzone.
- Stärkere Berücksichtigung der Bedürfnisse von Kindern, weitere Spielplätze und Spielgeräte in der Innenstadt.
- Ausreichende angenehme Sitzmöglichkeiten, auch außerhalb der Gastronomie ohne Konsumdruck.
- Generell mehr Stadtgrün in der Innenstadt mit vielen Pflanzen als natürlichen Klimaanlage.
- Parkschutz und Aufsicht auf den Spielplätzen erhalten wieder einen hohen Stellenwert.
- laufende Städtebauförderungsprogramme „Aktive Kernbereiche“ und „Zukunft-StadtGrün“ maximal ausschöpfen und umsetzen.
- Ein begrünter und belebter Sedanplatz.
- Förderung des Rückbaus von versiegelten Stellplätzen und „Vorgärten“ ohne Bepflanzung.
- Sanierung und Ausbau der Wiesbadener Stadt-Alleen am Ersten Ring und in der Rheinstraße.
- Entsiegelung von befestigten Freiflächen, um auch kleinere Grünanlagen zu schaffen.
- Beratung und Förderung von mehr Grün in den privaten Innenhöfen der Innenstadt, der Begrünung von Dächern, Fassaden und Wänden.
- Weitere Öffnungen von Bachläufen.

53 Die Innenstadt als Wohnort

54 Wohnumfeld und Nachbarschaften im innerstädtischen Kontext heben sich deutlich ab vom Wohnumfeld in den
55 anderen Stadtteilen und Vororten. Die Struktur der Bewohner in den innerstädtischen Quartieren scheint sich zu
56 polarisieren. Wohlhabendere Haushalte können sich offensichtlich die Mieten in den großzügig sanierten Altbauten
57 leisten. Andere Haushalte müssen – mit dem angespannten Wohnungsmarkt in Wiesbaden – auch Wohnlagen an

1 Hauptverkehrsstraßen mit Verkehrslärm und Abgasen in Kauf nehmen. Viele Innenstadtbewohner möchten
2 dennoch die Vorteile des Lebens in der Innenstadt nicht missen, wie zum Beispiel die kurzen Wege, die vielfach
3 fußläufig oder mit dem Rad bewältigt werden können. Ziel muss sein, das Wohnen in der Innenstadt zu stabilisieren
4 und zukünftig verstärkt auszubauen. Folgende Maßnahmen sind zielführend:

- 5 - Neue Bebauungspläne bzw. Erlass bestehender B-Pläne in der Innenstadt zur Förderung des
6 Wohnens, auch durch geschossweise Festsetzungen, beispielsweise zur Sicherung der Wohnfunktion
7 ab dem 1. oder 2. Obergeschoss.
- 8
9 - Erleichterungen beim Ausbau von Dachgeschossen, Verzicht auf die verpflichtende Herstellung von
10 Stellplätzen.
- 11
12 - Sicherung preiswerter Mietwohnungen durch Ankauf durch die Stadt, auch für Genossenschaften für
13 alle Bevölkerungsgruppen, für Jung und Alt, Inländer und Migranten.
- 14
15 - Satzungen zum Schutz von preiswerten Wohnungen, mit dem Schwerpunkt Beratung und Förderung
16 von Eigentümern.
- 17
18 - Erfassung von Leerständen mit Ansprache der Eigentümer, mit dem Ziel, Wohnungen wieder dem
19 Markt zuzuführen.
- 20
21 - Kommunale Beratungs- und Förderprogramme „Wohnen, Handel, Gewerbe, Grün in der Innenstadt“.
- 22

23 Die Innenstadt als **Markt**

24 Die Innenstadt ist in besonderem Maße Ort des öffentlichen Lebens. Dieser Aspekt wird ergänzt durch die
25 Marktfunktion der Innenstadt: Die City mit Einzelhandel, Wochenmarkt, Gastronomie, Hotellerie und
26 Entertainment, mit Büros und Dienstleistungen.

27 Innenstädte werden seit jeher als Herzkammer einer Stadt begriffen, als Motor der Wirtschaft, als Bindeglied für
28 sämtliche Funktionen und soziale Schichten. Eine gelungene Entwicklung der Innenstadt erkennt diese Funktionen
29 an und stützt deren Akteure. Die Funktion als Markt ist auf intakte Strukturen angewiesen: Auf eine stabile
30 Stadtregierung, einen zuverlässigen Rechtsrahmen, eine Recht und Gesetz durchsetzende Polizei, einen optimierten
31 öffentlichen Nahverkehr und vieles mehr. Zur Erfüllung der Marktfunktion ist es unerlässlich, dass die Innenstadt für
32 alle gut erreichbar ist, ob aus den Stadtteilen oder dem Umland; dies erfordert einen attraktiven, bequemen und
33 preiswerten öffentlichen Nahverkehr.

34 Nicht nur durch die Corona-Krise ist die Marktfunktion der Innenstadt allerdings neuen Bedrohungen ausgesetzt,
35 sondern auch bereits durch die drastisch gewachsene Bedeutung des Onlinehandels mit einem veränderten
36 Kaufverhalten zufolge. Was passiert, wenn die Nachfrage durch Touristen, Messebesucher, Geschäftsreisende
37 wegbleiben sollte? Was passiert, wenn die Gleichförmigkeit des Warenangebots weiter zunimmt? Alle Tendenzen
38 zusammen könnten zu weiteren Leerständen von Geschäften führen und die vorhandene Aufenthaltsqualität
39 gefährden. Wer weiß, ob Karstadt und Kaufhof Galeria in 10 Jahren noch in Wiesbaden existieren werden? Wozu
40 überhaupt noch in die Stadt gehen, wenn alles bequem online gekauft werden kann? In keiner Branche ist die
41 digitale Transformation fortgeschrittener und in ihren Folgen spürbarer als im Einzelhandel. Wie werden also die
42 Innenstädte der Zukunft aussehen?

43 Je stärker die Digitalisierung unser Leben bestimmt, desto stärker verlangen Menschen nach einer entschleunigten
44 Gegenwelt mit greifbaren Grenzen. Eine analoge Insel im digitalen Meer, darin sehen viele Experten des
45 Einzelhandels Chancen für eine Entwicklung der Innenstädte.

46 Eine Epoche für den innerstädtischen Einzelhandel scheint an ihr Ende gekommen zu sein, eine Epoche, die auch
47 durch das Prinzip der Mietenmaximierung in den besten Lagen gekennzeichnet war.

48 In der öffentlichen Diskussion der Entwicklung der Innenstädte kristallisieren sich Strategien heraus: „Steigerung der
49 Attraktivität der Innenstädte“ oder eine „Neue Urbanität“ als Reaktion auf verstärkten Onlinehandel und der Corona-
50 Krise. Immobilienbesitzer und Projektentwickler fordern weiterhin die Attraktivität und Notwendigkeit der
51 Innenstädte als Handelsort, um ihr Geschäftsmodell der hohen Mieten zu retten. Der Strukturwandel lasse sich nicht
52 stoppen. Man müsse jetzt auf das Erlebnis setzen, wozu der Besuch von Cafés, Bistros und Museen gehöre. Man

1 müsse den Menschen wieder einen Grund geben, in die Innenstädte zu gehen. Die Innenstädte, speziell die
2 Fußgängerzonen, sollen einzigartig werden und zum Besuch animieren. Sie sollen deshalb als Erlebnisraum
3 ausgebaut werden. Dahinter wird eine unausgesprochene Idee sichtbar, die am Ende aber genau die Misere
4 verstärkt, die bekämpft werden soll - dass nämlich die Innenstädte ein Ort seien, in den die Leute aus dem Umland
5 und den anderen Stadtteilen anreisen, um dort etwas zu erleben: Erleben als Mischung aus Shoppen, Kaffee- und
6 gelegentlichem Kunstgenuss. Die Rede vom Erlebnis- und Begegnungsraum hält einer näheren Betrachtung oft nicht
7 stand: Wer soll in der Innenstadt wem begegnen und was machen die dann?

8 Wenn der extrem hohe Druck auf Ladenmieten zukünftig sinken sollte und die Flächenproduktivität nicht weiter
9 erhöht werden muss, dann macht das theoretisch auch Platz für all jene kleinen Betriebe, die weichen mussten: Platz
10 für kleine Bäckereien, vielfältige Start-ups und Werkstätten. Aber braucht man die? Wenn mehr Leute in der
11 Innenstadt leben, wächst dort auch der Bedarf an Orten der Gemeinschaft wie Bars, Restaurants, Parks usw. sowie
12 an Läden, wo man lokal herstellbare Dinge wie Brot, Essen usw. kauft. Deshalb muss die Stadt nicht als Erlebnisraum
13 definiert werden, sondern als hochverdichteter Wohnraum, den sich alle leisten können: Die kompakte Innenstadt
14 als Ziel. Die Krise des Einzelhandels könnte so zu einer neuen Blüte des Handels führen und die Entwicklung der
15 Städte in eine neue Richtung bringen, weg von ihrer aktuellen Verwandlung in „aufgehübschte“ Anlagenobjekte,
16 eben zu einer „Neuen Urbanität“.

17 Beide Strategien, „Steigerung der Attraktivität“ und „Neue Urbanität“, sind zwar divergent formuliert, die
18 Wiesbadener Innenstadt bietet aber genug Raum, um gegebenenfalls beide zu verfolgen.

- 19 - Der Markt kann die genannten Probleme nicht allein lösen. Der Prozess muss von der Kommunalpolitik
20 angestoßen werden, denn nur sie verfügt über den öffentlichen Raum. Die Kommune nimmt deshalb
21 ihre Verantwortung wahr für die Gestaltung des öffentlichen Raums, in dem sich Bewohner und
22 Besucher wohlfühlen. Dazu gehören attraktive Plätze, vielfältige Angebote für die
23 Außengastronomie, aber auch angenehme Sitzmöglichkeiten außerhalb der Gastronomie in
24 Sicherheit und Sauberkeit.
- 25 - Schlüsselimmobilien als Beispielprojekte sollten von der Stadt angekauft werden.
- 26 - Ein effektives City-Management als städtische Querschnittsaufgabe berät und fördert Hausbesitzer
27 und koordiniert das erforderliche Zusammenspiel von Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft. Es
28 vernetzt die kommunalen Fachkompetenzen für eine Entwicklung einer attraktiven Innenstadt.
- 29 - Um sich gegen marktmächtige Online-Plattformen behaupten zu können, sollte der Wiesbadener
30 Einzelhandel in der anstehenden Digitalisierung auch von kommunaler Seite aus unterstützt und
31 gestärkt werden. Beispielhaft als Model sei hier das Kiezkaufhaus genannt, das aufgrund fehlender
32 Unterstützung leider den Betrieb einstellen musste.
- 33 - Politik, Stadtplaner und Eigentümer müssen sich auf eine urbane Agenda einigen: Eine Stadt der
34 kurzen Wege schaffen, einen Ort zum Arbeiten, Einkaufen, Wohnen gleichermaßen. Eine Antwort auf
35 Bedürfnisse nach Nähe, die durch die Digitalisierung erst geschaffen worden sind.
36 Aber auch Vermieter, Händler, Gastronomen, Kulturschaffende, Initiativen, Ortsbeiräte, interessierte
37 Bürger und die Presse müssen sich zusammensetzen und ihre Vorschläge einbringen.
- 38 - Wiesbaden sollte mit der eigenen Geschichte und mit den historischen Gegebenheiten als
39 Marketingmerkmal arbeiten.
- 40 - Die Wiesbadener Innenstadt sollte als attraktiver Aufenthaltsbereich für die Menschen ausgestaltet
41 sein.
42 Sie sollte etwas Spürbares, Emotionales, Einzigartiges vermitteln, etwa über Persönlichkeiten,
43 Denkmäler, attraktive grüne Plätze, besondere Orte.
- 44 - Inhabergeführte Gastronomie, und nicht die großen Ketten, könnte Lücken im Bestand füllen.
- 45 - Wohnen und Arbeiten sollten verstärkt auch in der inneren Stadt ermöglicht werden, im Sinne
46 der „Neuen Urbanität“.

56 Die Innenstadt als das demokratische und kulturelle Zentrum Wiesbadens.

1 Symbolischer Ausdruck des demokratischen Zentrums der Stadt ist der Marktplatz mit seinem unmittelbaren
2 Gegenüber von lokaler und regionaler Selbstbestimmung und Selbstverwaltung, für die Rathaus und Landtag
3 stehen. Aber auch die Staatskanzlei, das Hessische Sozialministerium, die Landeszentrale für Politische Bildung
4 sowie der Hessische Städtetag haben ihren Sitz in der Innenstadt. Fünf Ortsbeiräte als Experten des Alltagslebens
5 engagieren sich für die Interessen der Bewohner der Innenstadt.

6 Kaum zu übersehen, ist die Vielfalt des kulturellen Angebots in der Innenstadt mit seinen zahlreichen Theatern,
7 Museen, Galerien, Künstlern, freien Initiativen, Spielstätten, Veranstaltungsräumen, Kinos, Buchhandlungen,
8 Bibliotheken, Hochschulen, die an dieser Stelle nicht einzeln aufgeführt werden können. Beklagt werden häufig
9 fehlende Räume für Ateliers, Proben, Konzerte usw. Hier sollte die Stadt bei der Erschließung von Räumlichkeiten
10 eine vermittelnde und stärkere Rolle übernehmen. Eine Innenstadt ohne Kultur wäre eine Ansammlung von
11 Gebäuden ohne Leben.

- 12 - Diese Qualität und Vielfalt des öffentlichen Raums gilt es auch finanziell zu sichern und auszubauen,
13 wobei auch auf verstärkte Kooperation zwischen den Einrichtungen zu setzen ist.
- 14
- 15 - In der Kooperation von Kulturbeirat, Arbeitskreis Stadtkultur und Kulturamt wird ein
16 Kulturentwicklungsplan für die Entwicklung des kulturellen Lebens in der Innenstadt und für die Stadt
17 erarbeitet.
18

19 Die Innenstadt als unverwechselbarer Ort mit besonderer räumlicher Qualität

20 Das gesellschaftliche Leben einer Stadt spielt sich auch auf ihren öffentlichen Räumen ab. Ihnen kommt eine
21 besondere Rolle zu: Architektur, Stadtbild, Sichtbarkeit der kommunalen Selbstverwaltung, Zustand von Straßen und
22 Plätzen, Zustand der Parks und Grünstreifen, Gestaltung von Übergängen zwischen kommerziellen und öffentlichen
23 Teilräumen, Angebote ohne Zwang zu konsumieren. Die Innenstadt gibt der Stadt ihr Gesicht. Das Zauberwort heißt
24 „unverwechselbar machen“, und gerade nicht die Besonderheiten schleifen. Anstatt mit 08-15-Architektur und
25 Ladenketten, die die Innenstadt bis zur Unkenntlichkeit verunstalten, sollte man sich verstärkt auf die traditionelle,
26 kleinteilige Struktur besinnen. Hier ist das Schiffchen mit dem neuen Platz in der Grabenstraße ein positives Beispiel,
27 auch die Mauergasse, die sich großer Beliebtheit erfreut. Dieser kleinteilige Ansatz birgt ein hohes
28 Identifikationspotential der Bürgerinnen und Bürger mit ihrer Stadt, denn es greift zurück auf die Wiesbadener
29 Geschichte.

- 30 - Es geht darum, innerstädtische Quartiere auf der Grundlage ihrer Historie in eine zeitgemäße Zukunft
31 zu führen, ihnen ihre unverwechselbare Formensprache zu erhalten, aber gleichwohl die nachhaltige
32 Funktionsfähigkeit herzustellen.
33
- 34 - Die Betonung und Pflege der eigenen Charakterzüge, die der Stadt regelrecht eingeschrieben sind und
35 die sie unverwechselbar macht und zu einem urbanen „Wir“ führt.
36
- 37 - Eine aufmerksame, qualitätsvolle Gestaltung des öffentlichen Raums, die an der tatsächlichen
38 Bewegung der Menschen im Raum orientiert ist. Eine Stadtgestaltung im großen Stil sollte zukünftig
39 zuerst die Plätze entwerfen und dann die Gebäude.
40
- 41 - Erweiterung des innerstädtischen Grüns, das der Erholung der Bevölkerung, aber auch der Bildung von
42 Räumen dient, die die Orientierung in der Stadt erleichtern.
43
- 44 - Grüne Vernetzungen in der Innenstadt durch Talzüge, Parks, Stadttalleen, wie beispielsweise am Ring
45 oder an der Rheinstraße.
46

47 Die Innenstadt als der Ort der Identifikation mit Wiesbaden

48 Wiesbaden als lebendige und schöne Großstadt in der prosperierenden Rhein-Main-Region hat alle Chancen, dass
49 sich ihre Einwohnerschaft mit diesem Gemeinwesen identifiziert, ein zentrales Ziel sozialdemokratischer
50 Kommunalpolitik. Vier Zahlen zeigen die Herausforderungen: 36% aller Wiesbadener Bürgerinnen und Bürger sind
51 hier geboren. Ende des Jahres 2019 lebten rund 113.500 Personen mit sogenanntem Migrationshintergrund in der
52 Stadt. Rund 18.700 Personen sind zugezogen, davon 10.300 Migranten. Wohnungsmarkt, Arbeitsmarkt,
53 Bildungspolitik u.a. leisten hier wichtige Beiträge für die Integration. Die Wiesbadener Innenstadt hingegen bietet
54 mit ihrem einzigartigen Stadtgrundriss des Historismus und den zahlreichen historischen Gebäuden vielfältige
55 symbolische Anknüpfungspunkte für eine Identifikation mit der Stadt. Man wird zu einem Wiesbadener, indem man

1 die Innenstadt erlebt und vorbei an Marktplatz, Marktkirche, Theater, Parks, Schiffchen, Staatskanzlei usw. läuft und
2 so die Einzigartigkeit der Stadt erfährt. Der Rundgang endet schließlich auf dem Neroberg mit seinem Blick auf die
3 durchgrünte Stadtlandschaft bis hin zum Rhein. Einzigartig in Deutschland verkörpert Wiesbadens Stadtbild nach
4 wie vor mit vielen Höhepunkten die Baukunst des 19. Jahrhunderts. Umso bedauerlicher ist es, dass die Bewerbung
5 dieser „Stadt des Historismus“ um Anerkennung als Weltkulturerbe nicht so konsequent verfolgt wurde, dass sie
6 hätte erfolgreich sein können.

7 - Wir werden weiter dafür arbeiten, dass der besondere historisch gewachsene, reizvolle städtebauliche
8 Charakter unserer Stadt erhalten bleibt als Grundlage einer aktiven Integrationspolitik durch
9 Identifikation mit der Stadt wie auch zur Sicherung ihrer weiteren wirtschaftlichen Blüte.

10
11 - Wir werden deshalb die besondere baukulturelle Identität Wiesbadens als in Deutschland einzigartige
12 Stadt des Historismus mit den Instrumenten der Stadtplanung und der Bauaufsicht bewahren und
13 damit auch die Chancen einer später möglichen, erneuten Bewerbung um die Aufnahme in das
14 Welterverzeichnis der UNESCO erhalten.
15

16 Die Erscheinungsform der Wiesbadener Innenstadt als besonderer Ort steckt den Rahmen für ein Aktionsprogramm
17 ab. Die vielfältigen Formen dürfen allerdings nicht zu einer Trennung der Funktionen führen, im Gegenteil: Stets
18 muss bei jeder einzelnen Maßnahme die Verflechtung mit anderen mit bedacht werden.

19 Das zu entwickelnde Handlungsprogramm sollte nicht nur einzelne Maßnahmen zum Inhalt haben, sondern das Bild
20 von einer lebenswerten Innenstadt zeichnen, wie sie in Zukunft möglichst aussehen sollte.

Empfehlung der Antragskommission:

Punkt 1. Annahme

Punkt 2. Übernahme in der Begründung und Weiterleitung an Programmkommission zur
weiteren Behandlung

Punkt 3. Weiterleitung an Programmkommission zur weiteren Behandlung

Annahme in der Fassung der Empfehlung der Redaktionskonferenz

Annahme in der vorliegenden Fassung der antragstellenden Gliederung

Annahme in der durch den Unterbezirksparteitag geänderten Fassung